Deutscher Bundestag **Drucksache 16/4474**
16. Wahlperiode 01. 03. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Cornelia Pieper, Hans-Michael Goldmann und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/2835 –

Eigentumsrechte und Forschungsfreiheit schützen – Entschiedenes Vorgehen gegen Zerstörungen von Wertprüfungs- und Sortenversuchen sowie von Feldern mit gentechnisch veränderten Pflanzen

A. Problem

In den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts gehörte die Bundesrepublik Deutschland zu den Pionieren der Züchtungsforschung.

Weil die Gentechniknovelle immer noch aussteht und durch die Zerstörungen von Versuchsfeldern mit gentechnisch veränderten Organismen mit Schäden von über einer Million Euro ist der Forschungsstandort Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, wirksame Maßnahmen gegen Sachbeschädigungen auf Feldern zu ergreifen und sachlich über die Gentechnik zu informieren.

Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten sind nicht bekannt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Den Antrag auf Drucksache 16/2835 abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende und
Berichterstatterin

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Max Lehmer, Elvira Drobinski-Weiß, Dr. Christel Happach-Kasan, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/2835** in seiner 74. Sitzung am 15. Dezember 2006 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung, sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Forschung an gentechnisch veränderten Organismen (GMO) war in der Bundesrepublik in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts schon weit vorangeschritten. Doch erst 2006 wurden die ersten kommerziellen gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut.

Die kommerzielle und wissenschaftliche Nutzung der GMO wird jedoch dadurch behindert, dass die angekündigte Gentechniknovelle noch auf sich warten lässt und zahlreiche Versuchsfelder von Gentechnikgegnern zerstört werden. Dabei wurde zum Teil der Boden durch Mineralöl so verunreinigt, dass er ausgetauscht werden musste.

Insgesamt sind durch Feldzerstörungen bisher Schäden in Höhe von mehr als einer Million Euro entstanden.

Die Bundesregierung wird deshalb unter anderem aufgefordert,

- gemeinsam mit den Betroffenen Maßnahmen gegen mutwillige Sachbeschädigungen zu ergreifen,
- den Deutschen Bundestag vollständig über die entstandenen Schäden zu unterrichten,
- sachlich über die grüne Gentechnik zu informieren und
- zu prüfen, ob vom Staat direkt oder indirekt geförderte Gruppen an den Zerstörungen beteiligt waren.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 29. Sitzung am 28. Februar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/2835 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 41. Sitzung am 28. Februar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/2835 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/2835 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 28. Sitzung am 28. Februar 2007 beschlossen, auf die Abgabe eines Votums zu verzichten.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag der Fraktion der FDP in seiner 37. Sitzung am 28. Februar 2007 abschließend behandelt.

Die **Koalitionsfraktionen** der **CDU/CSU und SPD** führten aus, dass der Antrag überflüssig sei. Man versuche darin den Eindruck zu erzeugen, als handele es sich bei Feldzerstörungen um politische Taten; selbstverständlich seien dies vielmehr Straftaten, die entsprechend rechtlich geahndet würden.

Eine Abschaffung des Standortregisters sei jedoch nicht zweckmäßig, man bezweifle auch die von der Fraktion der FDP angeführte Verfünffachung der Feldzerstörungen. Ein weniger an Information werde die Feldzerstörungen nicht vermindern.

Weiter wurde bemerkt, die materiellen Schäden seien nicht tolerabel, denn die Wissenschaft müsse ungehindert arbeiten können. Die Zerstörungen würden von den Strafverfolgungsbehörden der Länder verfolgt. Formell gehe der Antrag deshalb ins Leere.

Die **Fraktion der FDP** erläuterte ihren Antrag, gentechnische Freisetzungsversuche seien durch den Staat zu schützen. Was legal sei müsse auch durchgeführt werden dürfen. Dies betreffe auch die von den Naturschutzverbänden geforderten Versuche zur Biosicherheit. Die Debatte zeige, dass der Antrag nicht überflüssig sei.

Zur Verbreitung des amerikanischen Genreises wurde bemerkt, dass in den USA die Bestimmungen nicht korrekt angewendet worden seien, die Schadenshöhe sei aber auch durch die deutsche Nulltoleranz mitbedingt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** sieht in dem Antrag einen Anstoß für eine notwendige Debatte. Die gesellschaftliche Mehrheit, die gegen die Anwendung grüner Gentechnik sei, könnte sich durch die Versuche erpresst fühlen. Dies könne die Gegenwehr der Bürger auslösen. Die Protestform der Feldzerstörung sei jedoch zu kritisieren.

Man appelliere auch an die Verantwortung der Forscher, denn die Freisetzungsversuche seien keineswegs unbedingt harmlos und zum Teil risikobehaftet.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, selbstverständlich seien Straftaten als solche zu ahnden. Der unterstellte Bezug von Gentechnikgesetz, Standortregister und Feldzerstörung sei nicht nachvollziehbar. Erst 2006 sei es nach Bekanntwerden von geheim gehaltenen Versuchen zu

einer Erhöhung der Zerstörungen gekommen. Man müsse auch die viel größeren Schäden beachten, die durch nicht genehmigten Genreis oder Gensoja in Dönern verursacht werden. Hier gelte es, die Wahlfreiheit zu erhalten und den Schutz der gentechnikfreien Erzeugung. Man fordere darüber hinaus den Bericht zu „gentechnisch veränderten Organismen der 2. und 3. Generation“, wie das TAB (Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag) vorgeschlagen hat.

Der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 16/2835 wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Berlin, den 28. Februar 2007

Dr. Max Lehmer
Berichterstatter

Elvira Drobinski-Weiß
Berichterstatterin

Dr. Christel Happach-Kasan
Berichterstatterin

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Ulrike Höfken
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333